

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Land)

48. Sitzung

16.01.15

Haushalts- und Finanzausschuss

(Land)

48. Sitzung

am 16. Januar 2015

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Abg. Bödeker (CDU)
Abg. Kau (CDU), Vorsitzender
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Frau Piontkowski (CDU)
Abg. Reinken (SPD)
Abg. Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Weber (SPD)
Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Frau Holsten)	von der Senatskanzlei
Frau Sokol)	Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Herr Meyer-Stender)	Vizepräsident des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Brockmüller)	vom Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Otten)	

Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Herr Bammann)	
Frau Hentschel)	
Herr Fehren)	
Frau Dr. Krause-Nicolai)	
Frau Kreitz)	
Herr Meyer)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Dr. Saebetzki)	
Herr Schneider)	
Herr Sommer)	
Herr Trottnow)	
Frau Willenborg)	
Frau Rautenberg)	vom Senator für Gesundheit
Frau Waßmann)	
Frau Odenkirchen)	vom Senator für Inneres und Sport
Herr Schittkowski)	
Herr Rauscher		von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Herr Kindscher		vom Senator für Kultur
Frau Engelbertz		Immobilien Bremen
Herr Radtke)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Herr Winsemann)	und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses

Abg. Kau eröffnet die Sitzung um 14.32 Uhr.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 45. Sitzung am 17. Oktober 2014

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 45. Sitzung am 17. Oktober 2014.

2. Protokoll der 46. Sitzung am 14. November 2014

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 46. Sitzung am 14. November 2014.

3. Protokoll der 47. Sitzung am 12. Dezember 2014

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 12. Dezember 2014 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

3. Angelegenheiten aus anderen Fachausschüssen, insbesondere aus dem Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

- keine Vorlagen -

4. Sonstiges

- keine Vorlagen -

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

**1.1 Satzungsänderung der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung
- Vorlage 18/584 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Satzungsänderungen der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ermächtigt einstimmig die Senatorin für Finanzen zur haushaltsmäßigen Umsetzung.

2. Europaangelegenheiten

- keine Vorlagen -

3. (Controlling-) Berichte/DHS

3.1 Benchmarking-Bericht 2014

hier: Ergebnisse der Befassung der Fachdeputationen und Fachausschüsse

- Vorlage 18/585 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt zur Kenntnis, dass die Befassung der Deputationen beziehungsweise Parlamentsausschüsse mit dem Benchmarking-Bericht 2014 nicht in allen Fällen termingerecht abgeschlossen werden konnte.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) erwartet eine vollständige und aufbereitete Darstellung der Ergebnisse der Beratungen in den Fachgremien bis zu seiner Sitzung am 13. Februar 2015.

4. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, allgemeine Vermögensangelegenheiten

- keine Vorlagen -

**5. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen,
sonstige Vollzugsangelegenheiten**

**5.1 Anträge auf Nachbewilligung auf den Haushalt der Freien Hansestadt
Bremen 2014**

**5.1.1 Änderung der Zuständigkeit für die kulturwirtschaftliche Film-
und Medienförderung Bremens**

hier: Nachbewilligung in Höhe von 767.000 Euro

- Vorlage 18/586 L -

Abg. Liess fragt unter Bezugnahme auf Seite 3, 1. Absatz der Senatsvorlage, was unter der kulturellen Filmförderung in Bremen zu verstehen sei.

Herr Kindscher antwortet, die kulturelle Filmförderung diene der Förderung von Kleinprojekten des filmischen Nachwuchses und künstlerischer Projekte.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Verlagerung der Ressortzuständigkeit für die kulturwirtschaftliche Film- und Medienförderung Bremens auf den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Nachbewilligung in Höhe von 767.000 Euro auf die neu einzurichtende Haushaltsstelle 0703/686 30-3, Zuwendungen an die „Nordmedia“ für Zwecke der kulturwirtschaftlichen Filmförderung unter gleichzeitiger Einsparung bei der Haushaltsstelle 0020/686 00-6, Zuwendungen an die „Nordmedia“ für Zwecke der Filmförderung, zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

5.2 Anträge auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung

- keine Vorlagen -

5.3 Anträge auf Sperrenaufhebung

- keine Vorlagen -

5.4 Sonstige Vollzugsangelegenheiten

5.4.1 Generelle Ermächtigungen/Zustimmungen 2015 - Vorlage 18/587 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig den vorgeschlagenen generellen Ermächtigungen beziehungsweise Zustimmungen zur Durchführung der Haushalte 2015 zu.

6. Personalhaushalt/Stellenplan

6.1 Bremische Beschäftigtenstruktur und Migrationshintergrund – Ergebnisberichte zu den Beschäftigtenbefragungen - Vorlage 18/588 L -

Frau Dr. Saebetzki stellt unter Bezugnahme auf den Bericht zur Bremischen Beschäftigtenstruktur und Migrationshintergrund die wesentlichen Ergebnisse und personalpolitischen Schlussfolgerungen aus der Beschäftigtenbefragung dar. Sie kündigt an, dass die Senatorin für Finanzen beabsichtige, diese Befragung zu wiederholen, um die weitere Entwicklung und die Erreichung des beabsichtigten Ziels, eine Widerspiegelung der kulturellen Vielfalt in Bremen auch in der Zusammensetzung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes prüfen zu können.

Auf Nachfrage der Abgeordneten Frau Piontkowski führt **Frau Krause-Nicolai** aus, dass die Ermittlung der im Bericht dargestellten Quoten auf der Grundlage der Definition des sogenannten Mikrozensus erfolge. Dabei werde im Gegensatz zur Definition der Bundesagentur für Arbeit die dritte Generation der Zugewanderten mit einbezogen. Eine Berechnung auf Grundlage der Definition der Bundesagentur für Arbeit führe zu einer Quote von 12,6 Prozent.

Abg. Dr. Kuhn erklärt, er teilt die Feststellung des Ergebnisberichts, dass der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in Bremen im Ländervergleich relativ hoch, bezogen auf die Bevölkerungsstruktur der Freien Hansestadt Bremen aber nach wie vor unterrepräsentiert sei. Er gehe allerdings davon aus, dass in der Zukunft insbesondere durch die eingeleiteten Maßnahmen des Senats der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst weiter steigen werde.

Abg. Liess bittet unter Bezugnahme auf Seite 13, 2. Absatz des Berichts die Senatorin für Finanzen, den angekündigten Bericht zur Anzahl der befristeten Arbeitsverhältnisse von Beschäftigten mit Migrationshintergrund und deren Begründungen auch dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Ergebnisberichte der Befragungen zur Bremischen Beschäftigungsstruktur und Migrationshintergrund zur Kenntnis und tritt der Berichtsbitte des Abgeordneten Liess bei.

6.2 Bericht über die ersten Ergebnisse des Konzeptes „Optimierung der Verkehrsüberwachung“
- Berichtsbitte Nr. 124 der Auftragsliste -
- Vorlage 18/589 L -

Auf Nachfrage der Abgeordneten Frau Piontkowski erklärt **Herr Schittkowski**, die erwarteten durchschnittlichen Einnahmen aus Verkehrsüberwachungsmaßnahmen liegen über den Kosten dieser Maßnahmen für eingesetztes Personal und Technik.

Abg. Dr. Kuhn ergänzt, dass nach dem Inhalt der Vorlage diese Aussage nur für die Einnahmeerwartung gelte. Die tatsächlichen Einnahmen im Jahre 2014 seien geringer gewesen als die für die Verkehrsüberwachungsmaßnahmen aufgewandten Kosten. Unabhängig davon seien Verkehrsüberwachungsmaßnahmen zwingend erforderlich, um mäßigend auf die Verkehrsteilnehmer einzuwirken.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht des Senators für Inneres und Sport zur Kenntnis.

7. Prüfaufträge

- keine Vorlagen -

8. Bürgschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

8.1 Gebäudesanierungsprogramm 2015 - Vorlage 18/590 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig den Maßnahmen des Gebäudesanierungsprogramms 2014 mit einem Gesamtvolumen von rund 27.368.000 Euro zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig den Mehrkosten bei vier Sanierungsmaßnahmen im Volumen von insgesamt 2.691.000 Euro, den Baukosten von 18,195 Mio. Euro bei beschlossenen Maßnahmen und dem Maßnahmenbeginn bei 13 neuen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 14.024.000 Euro zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) bei Hst. 3987/884 20-6, An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen, in Höhe von 26.114.000 Euro zu.

8.2 Stromlieferung für öffentliche Gebäude - Berichtsbitte der CDU-Fraktion -

Herr Trottnow berichtet, das Land Bremen habe aufgrund einer Kündigung der swb ein Teillos für die Stromlieferung für öffentliche Gebäude neu ausschreiben müssen. Die Ausschreibung sei nach den Vorgaben des Vergaberechts und der vom Senat festgelegten Ausschreibungskriterien erfolgt. Ausschreibungskriterien seien insbesondere der Preis und bei der Stromerzeugung entstehende Treibhausgasemissionen gewesen. Die swb habe den Zuschlag nicht erhalten. Ein Nachteil für das Land Bremen sei durch dieses Ausschreibungsergebnis nicht entstanden, da auch der neue Anbieter das bestehende Leitungsnetz der Wesernetz AG nutzen und hierfür entsprechende Nutzungsgebühren zahlen müsse.

Staatsrat Strehl ergänzt, dass der Senat beabsichtige, zur Vorbereitung zukünftiger Ausschreibungen eine Veränderung der Ausschreibungskriterien zu prüfen.

Abg. Gottschalk erklärt, die in den Medien geäußerte Kritik, dass der bisherige Anbieter den Zuschlag nicht erhalten habe, sei unberech-

tigt. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die swb den laufenden Vertrag selbst gekündigt habe und eine Neuausschreibung nach den Vorgaben des Vergaberechts ergebnisoffen erfolgen musste. Für zukünftige Ausschreibungen müsse allerdings geprüft werden, wie zusätzlich durch die Stromnachfrage im Lande Bremen Impulse für die Energiewende in Deutschland gesetzt werden können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis.

9. Sonstiges

- keine Vorlagen -

IV. Verschiedenes

1. Bremen Spitze bei Personalausgaben? - Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 14. Januar 2015 -

Staatsrat Lühr führt aus, die Tischvorlage sei eine erste Reaktion der Senatorin für Finanzen auf die Presseberichterstattung zu den Personalausgaben in Bremen. Diese Berichterstattung beruhe auf Zahlenangaben im Jahresbericht des Statistischen Landesamts Niedersachsen. Derzeit prüfe das Finanzressort diese Feststellungen im Jahresbericht. Man habe zwischenzeitlich das Land Niedersachsen zur Prüfung der Vergleichbarkeit der Zahlen um Mitteilung der Berechnungsmethoden und einbezogenen Aufgabengebiete gebeten. Eine Antwort liege bislang nicht vor. Er gehe aber davon aus, dass bereits zur Februar-Sitzung eine weitergehende Stellungnahme möglich sein wird und regt deshalb an, diesen Tagesordnungspunkt in der Februar-Sitzung erneut aufzurufen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 14. Januar 2015 zur Kenntnis und wird die Angelegenheit in seiner Februar-Sitzung 2015 erneut aufrufen.

**2. Vorabinformation zum Haushaltsabschluss 2014 - Ergebnisse des 12. Monats
- Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 15. Januar 2015 -**

Auf Nachfrage des Abgeordneten Liess erklärt **Staatsrat Strehl**, das Finanzressort werde im Bericht zum Haushaltsabschluss 2014 auch zum nur noch marginalen Abstand von derzeit 0,4 Millionen Euro zum maximal erlaubten strukturellen Defizit der Stadtgemeinde Bremen Stellung nehmen. Der Bericht werde am 25. März 2015 vorgelegt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis.

(Schluss des öffentlichen Teils um 15.12 Uhr.)

Nicht öffentlicher Teil

Abg. Kau eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 15.17 Uhr.

(Schluss der Sitzung 15.31 Uhr)



Carl Kau

Ausschussvorsitzender